

Büscher, Reinhard; Homann, Jochen

**Article — Digitized Version**

## Standortdiskussion: altes Thema mit neuer Brisanz

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Büscher, Reinhard; Homann, Jochen (1989) : Standortdiskussion: altes Thema mit neuer Brisanz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 5, pp. 236-240

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136516>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Reinhard Büscher, Jochen Homann

## Standortdiskussion: Altes Thema mit neuer Brisanz

*Das Aufkommen junger Industrieländer im pazifischen Raum, das Wiedererstarren alter Konkurrenten in Europa und nicht zuletzt die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 haben die alte Diskussion über die Qualität des Standorts Bundesrepublik Deutschland neu angefacht<sup>1</sup>. Droht die Bundesrepublik im internationalen Standortwettbewerb zurückzufallen? Wo liegen die Stärken, wo liegen die Schwächen?*

Die neue Runde in der Standortdebatte 1987 wurde durch anschwellende Klagen aus der Wirtschaft über zu hohe Produktionskosten, zu hohe Unternehmenssteuern, Rückstände im Strukturwandel und einengende Regulierungen ausgelöst. Die Fronten in dieser Diskussion verlaufen unübersichtlich und widersprüchlich. Unternehmer klagen über Standortnachteile, obwohl sie am ehesten durch Produktionsverlagerungen ins Ausland ausweichen könnten. Gewerkschaften heben dagegen die Standortvorteile der Bundesrepublik hervor, obwohl gerade sie als erste mahnen die Hand heben müßten, um ihre Mitglieder vor drohender Arbeitslosigkeit zu bewahren<sup>2</sup>. Das Ausland registriert die deutsche Standortdiskussion mit einer Mischung aus Schadenfreude, Anteilnahme und Verwunderung<sup>3</sup>. Für ausländische Beobachter – und nicht nur für sie – liegt die Frage auf der Hand, warum ausgerechnet beim Exportweltmeister eine solche „Zukunftsangst“ ausgebrochen ist. Die Erklärung dafür ist wohl nur teilweise in der Ökonomie zu finden. Daneben spielt auch das allgemeine Seelenbefinden der Deutschen eine wichtige Rolle. Norbert Blüm hat dies einmal auf eine sehr treffende Formel gebracht: „Wir schlürfen die Katastrophen wie Cocktails und richten uns, sozial gesichert, manch-

mal sogar beamtenhaft abgestützt, im Untergang ein. Das neue Gesellschaftsspiel heißt: Titanic im Trockendock.“<sup>4</sup>

Man würde sich die Sache allerdings zu einfach machen, wenn man die Standortdiskussion nur als Ausdruck deutscher Wehleidigkeit abtun würde. Es gibt auch einen ökonomischen Hintergrund. Jede wirtschaftlich starke Region läuft Gefahr, im Standortrennen zurückzufallen, wenn aus den Vätern des Erfolgs zunehmend Verwalter und Verteidiger des Status quo werden. Daran knüpft die „Ermüdungsthese“ von Mancur Olson an, wonach früher sehr erfolgreiche, dann aber älter werdende Volkswirtschaften an Kraft und Elan einbüßen<sup>5</sup>. Der Grund dafür ist die allmähliche Verfestigung und – später – Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen. In einem fortgeschrittenen Stadium blockieren sich die Interessenverbände gegenseitig. Dann läßt sich nichts Neues mehr durchsetzen, aber alles läßt sich verhindern. In der Bundesrepublik gibt es viele Anzeichen dieser gefährlichen Sklerose. Um dies zu erkennen, braucht man nur die Diskussionen über die mini-

---

*Dr. Reinhard Büscher, 36, ist zur Zeit Mitglied des Kabinetts von EG-Vizepräsident Dr. Martin Bange-  
mann. Jochen Homann, 36, Dipl.-Volkswirt, ist Re-  
ferent im Bundesministerium für Wirtschaft. Die  
Autoren vertreten in diesem Beitrag ihre persönli-  
che Meinung.*

<sup>1</sup> Vgl. Reinhard B ü s c h e r, Jochen H o m a n n: Wandert die Deutsche Wirtschaft aus? – Standortfrage Bundesrepublik Deutschland, Osnabrück 1989.

<sup>2</sup> Vgl. Wolfram E n g e l s: Interessenverknennung, in: Wirtschaftswoche vom 24. 6. 1988, Nr. 26, S. 114.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Financial Times vom 10. 8. 1988, 15. 8. 1988, 30. 8. 1988; The Guardian vom 26. 9. 1988, 27. 9. 1988, 28. 9. 1988.

<sup>4</sup> Norbert B l ü m: Wir schlürfen die Katastrophen wie Cocktails, in: Die Welt vom 7. 10. 1988.

<sup>5</sup> Vgl. Mancur O l s o n: Aufstieg und Niedergang von Nationen, Tübingen 1985.

male Lockerung der Ladenschlußzeiten, die Postreform oder die Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit zu betrachten.

Ein bewährtes Heilmittel gegen die Folgen dieser „gesellschaftlichen Midlife-Crisis“ ist eine neue Herausforderung. Olson verweist in diesem Zusammenhang auf den Gesundbrunnen, den ein ungehinderter internationaler Handel und eine zunehmende Integration der Weltmärkte darstellen. So kann sich auch das Binnenmarktziel 1992 als Verjüngungskur für alle EG-Mitgliedstaaten erweisen, weil es nationale Strukturen, die dem Wettbewerb entgegenstehen, einreißen wird. Noch haben sich die Lobbyisten in Brüssel nicht fest etabliert, so daß sie nicht unmittelbar auf die Entscheidungen der Eurokraten einwirken können. Außerdem, so paradox es vielleicht auch klingt: Die Verankerung des Mehrheitsprinzips für die meisten Entscheidungen, die der *Vollendung des Binnenmarktes dienen*, hat den nationalen Regierungen wieder mehr Souveränität zurückgegeben. Weil kein einzelnes Land den Einigungsprozeß in Brüssel mehr aufhalten kann, müssen die Regierungen auch nicht mehr soviel Rücksicht auf egoistische Gruppeninteressen im eigenen Lager nehmen. So läßt man sich nach „heroischem Kampf“ um nationale Positionen am Brüsseler Verhandlungstisch oft gerne überstimmen, um dann gegenüber den Lobbyisten zuhause als ehrenhafter Verlierer aufzutreten. Auf diese Weise hat Vernunft endlich wieder mehr Chancen in der Politik bekommen.

### Investoren urteilen über Standort

Die Standortdiskussion ist im Kern eine Debatte über die Investitionsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Vornahme oder Unterlassung von Investitionen ist das zuverlässigste Signal für den Auf- oder Abstieg eines Standortes. Dynamik und regionale Verteilung der Investitionen können durchaus als Ergebnis einer Art Abstimmung der Unternehmen über verschiedene Standortalternativen gedeutet werden. Deshalb muß die Kernfrage in der Standortdiskussion lauten: Gibt es Anzeichen dafür, daß der Standort Bundesrepublik von in- und ausländischen Investoren gemieden wird?

Gemessen am Anteil der Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt lag die Bundesrepublik im Zeitraum 1980-1987 unter den sieben großen Industrieländern mit 8,2 % nur an vierter Stelle hinter Japan, Italien und Frankreich, aber immerhin noch vor Großbritannien und den USA<sup>6</sup>. Bedenklich ist hierbei vor allem der merkliche Rückgang des Anteils der Nettoanlageinvestitionen an der Bruttowertschöpfung der Unternehmen. Er betrug 1960 noch 13,5 % und ging über

12,3 % (1970) und 9,0 % (1980) bis 1987 auf 7,6 % zurück. In den letzten Jahren ist allerdings erfreulicherweise ein deutliches Anziehen der Investitionstätigkeit als Reaktion auf das verbesserte gesamtwirtschaftliche Umfeld zu verzeichnen. Als unübersehbarer Hinweis auf eine schwindende Standortattraktivität wird häufig die Entwicklung der deutschen Investitionen im Ausland genannt. Ende 1987 war das deutsche Unternehmensvermögen aus Direktinvestitionen in anderen Ländern mit 142 Mrd. DM um 40 Mrd. DM höher als das entsprechende ausländische Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland. Nur acht Jahre zuvor (1979) hielt das Ausland noch mehr Vermögen bei uns als deutsche Unternehmen im Ausland. In dieser Zeit hat sich das deutsche Auslandsvermögen von 61 Mrd. DM auf 142 Mrd. DM mehr als verdoppelt, während die Ausländer ihre deutschen Vermögensbestände nur von 70 Mrd. DM auf 102 Mrd. DM aufgestockt haben.

Steigende Direktinvestitionen im Ausland können zwar eine Standortchwäche im Herkunftsland anzeigen, aber diese Schlußfolgerung ist keineswegs zwangsläufig. Es spricht sogar sehr viel dafür, daß der Drang ins Ausland keine Kapitalflucht aus Deutschland signalisiert, sondern die unternehmerische Konsequenz einer zunehmenden internationalen Arbeitsteilung und der wachsenden Enge des nationalen deutschen Marktes ist. In den meisten Fällen dienen deutsche Direktinvestitionen im Ausland der Sicherung und Ausweitung des Absatzes auf ausländischen Märkten oder auch dem Technologietransfer. Einen hohen Rang für die Erklärung von Richtung und Intensität von Direktinvestitionen haben auch die Wechselkursverschiebungen. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland haben nicht zufällig in den Jahren 1981 und 1986 – also in Phasen kurz nach oder während eines sehr niedrigen Dollarkurses – Spitzenwerte erreicht. Insgesamt sind die deutschen Direktinvestitionen ein ziemlich getreues Abbild des Warenhandels. In der Gruppe der 20 wichtigsten Aufnahmeländer deutscher Direktinvestitionen gibt es lediglich vier typische Niedriglohnländer (Ägypten, Argentinien, Brasilien und Singapur)<sup>7</sup>. Dies spricht gegen die populäre Vermutung, daß deutsches Kapital wegen zu hoher Lohnkosten in Billiglohnländer „auswandert“.

### Verstärkte Direktinvestitionen in der EG

Auch die Zurückhaltung ausländischer Investoren in der Bundesrepublik Deutschland kann nicht schlank-

<sup>6</sup> Vgl. OECD: *Historical Statistics 1960-1986*, Paris 1988, S. 67, Tabelle 6.11.

<sup>7</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank: *Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland nach Ländern und Wirtschaftszweigen 1980 bis 1986*, in: *Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank*, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nr. 3, März 1988.

weg auf Standortnachteile zurückgeführt werden, wie das Beispiel Japan zeigt. Immer wieder liest man in der Wirtschaftspresse Meldungen über die „japanische Investitionswelle in Europa“ und findet die Bundesrepublik gleichzeitig als „terra incognita“ auf der Investitionsweltkarte der Japaner gekennzeichnet. Tatsächlich sind die USA mit gut 45 % und das Steuerparadies Panama mit fast 11 % der japanischen Gesamtinvestitionen (1986) die bei weitem wichtigsten Aufnahmeländer für japanisches Kapital. Ganz Europa ist nur mit 15,5 % dabei. Innerhalb Europas liegt Luxemburg vor Großbritannien und den Niederlanden an der Spitze. Erst mit großem Abstand folgen die Bundesrepublik Deutschland (0,9%) und Frankreich<sup>8</sup>. Ein Grund für die relative Vernachlässigung der Bundesrepublik durch japanische Investoren wird deutlich, wenn man auf die Branchenschwerpunkte schaut. Fast ein Drittel aller japanischen Direktinvestitionen erfolgte 1986 im Bankenbereich. Dies erklärt die Bevorzugung der europäischen Finanzmetropolen in Luxemburg und Großbritannien und spricht somit allenfalls gegen den Finanzplatz Bundesrepublik Deutschland, aber nicht gegen den Produktionsstandort.

In einigen Fällen dürfte auch schlicht die Überlegung eine Rolle gespielt haben, mit den Investitionen nicht unbedingt in die Höhle des wettbewerbsstärksten Löwen in Europa zu gehen. Die Ansiedlung des japanischen Automobilherstellers Nissan ist z. B. sicherlich auch deshalb im Nordosten Englands und nicht an einem der klassischen europäischen Autostandorte Deutschland, Frankreich oder Italien erfolgt, weil Nissan sich nicht schon bei der Beschaffung von Material und der Anwerbung gut ausgebildeter Fachkräfte mit den Herstellern in diesen Ländern anlegen wollte. Insofern war gerade eine britische Schwäche, nämlich der Niedergang der britischen Automobilindustrie, aus der Sicht von Nissan ein Standortvorteil. Trotz dieser relativierenden Bemerkungen kann aber nicht übersehen werden, daß Großbritannien vielen Japanern als Standort offenbar attraktiver erscheint als die Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt um so mehr, als die japanischen Investoren weitere Investitionen auch aus anderen Ländern nach sich ziehen. Gerade erst hat Bosch angekündigt, voraussichtlich in Wales ein Werk zu errichten, um als Zulieferer

ranter näher an den japanischen Kunden in England zu sein, und erst in zweiter Linie auch, um den hohen Kosten und starren Arbeitsverhältnissen in der Bundesrepublik auszuweichen<sup>9</sup>. Gerade mit Blick auf die Vollenendung des Binnenmarktes 1992, der die Japaner, wie auch Amerikaner und Skandinavier, zu verstärkten Direktinvestitionen in der Europäischen Gemeinschaft antreibt, kann diese Entwicklung der Wirtschaftspolitik nicht gleichgültig sein.

### Lohnkostenargument nicht überstrapazieren

Die Bundesrepublik ist ein ausgesprochenes Hochlohnland. Im Jahre 1987 kostete eine Arbeitsstunde in der deutschen Industrie etwas weniger als 33 DM. Lediglich in der Schweiz war sie ähnlich teuer. Wer nur diese Daten nennt, argumentiert allerdings unredlich. Denn tendenziell wird der Wettbewerbsnachteil hoher Arbeitskosten durch ein entsprechendes Produktivitätsgefälle gemildert. Die Westdeutsche Landesbank kommt in einer Untersuchung zu dem Schluß, daß „bei den produktivitätsbereinigten Arbeitskosten (Lohnstückkosten) die Bundesrepublik einen guten Mittelplatz (belegt)“<sup>10</sup>. Der wichtigste Einwand gegen eine Überbewertung der rechnerischen Unterschiede in den Arbeitskosten von Land zu Land ist die Existenz flexibler Wechselkurse. Wie die enormen Wechselkurausschläge der letzten Jahre auf den Arbeitskostenvergleich gewirkt haben, zeigt ein einfaches Beispiel. In Dollar gerechnet sind die US-Arbeitskosten je Stunde von 1970-1980 um über 130 % gestiegen und von 1980-1987 um weitere 24 %. In DM ausgedrückt entspricht dies einem Anstieg um nur 15 % im Zehnjahreszeitraum von 1970-80 und einem Rückgang um 1,5 % in den folgenden sieben Jahren<sup>11</sup>. Wohlers kommt deshalb folgerichtig zu dem Schluß, daß die „Wechselkursentwicklung der eigentliche Auslöser der Standortdebatte“ ist<sup>12</sup>. Das Lohnkostenargument sollte also nicht überstrapaziert werden.

Das gilt auch noch aus einem ganz anderen Grund: Je kapitalintensiver die Wirtschaft produziert, desto standortentscheidender werden auch unter Kostengesichtspunkten die Arbeitszeiten. Die 5-Tage-Woche mit freiem Samstag und Sonntag wird in Zukunft kaum mehr zu halten sein. Das wissen inzwischen auch die Gewerkschaften. Es geht eigentlich nur noch um den politi-

<sup>8</sup> Vgl. Ministry of Finance: Japanese Direct Investment Abroad, 1987.

<sup>9</sup> Vgl. Stuttgarter Nachrichten vom 31. 3. 1989.

<sup>10</sup> Westdeutsche Landesbank: Investitionsstandort Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1988, S. 8.

<sup>11</sup> Jörg Beyfuß u. a.: Standort Bundesrepublik Deutschland, in: IW-trends, 15. Jg. (1988), Nr. 2, Tab. 2, S. 48.

<sup>12</sup> Eckhardt Wohlers: Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Wechselkurse, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1988, S. 29.

<sup>13</sup> Vgl. z. B. W. Leibfritz, R. Pasche: Steuerbelastung der Werkzeugmaschinenindustrie im internationalen Vergleich, in: ifo-schnelldienst, Nr. 9/88; Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.): Internationaler Vergleich der Unternehmensbesteuerung, Kiel 1988.

<sup>14</sup> W. Fuest, R. Kroker: Internationaler Vergleich der Unternehmensbesteuerung – Stand Ende 1988, in: IW-trends, 15. Jg. (1988), Nr. 4, S. D-1.

<sup>15</sup> Vgl. Stuttgarter Nachrichten vom 23. 3. 1989.

schen Preis, zu dem sie sich das freie Wochenende abkaufen lassen: kürzere Wochenarbeitszeit (IG Metall) oder zusätzliche Einstellungen für Wochenendschichten (IG Chemie) oder um es noch einfacher auszudrücken: Zeit oder Geld. An dieser Frage wird sich das Selbstverständnis der Gewerkschaften zeigen müssen. Unter Standortgesichtspunkten wäre dabei der Weg in immer kürzere Arbeitszeiten fatal. Damit würde nicht nur der stärkste Standorttrumpf, eine gut ausgebildete und hochmotivierte Facharbeiterschaft, entwertet; es würde auch auf künftige Kaufkraftgewinne und damit auf Wachstumschancen verzichtet. Ein stagnierender Markt ist aber weder für deutsche noch für ausländische Kapitalanleger ein attraktiver Standort.

### Unternehmensteuern senken

Eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen bescheinigt der Bundesrepublik inzwischen, daß sie bei der Unternehmensteuerbelastung im internationalen Spitzenfeld liegt<sup>13</sup>. An der ungünstigen Position der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Steuervergleich wird sich auch in naher Zukunft nichts ändern. Durch die Steuerreform 1990 sinkt zwar der extrem hohe deutsche Thesaurierungssatz für Kapitalgesellschaften von 70,8 % auf 66,2 %<sup>14</sup>. Damit bleibt die Bundesrepublik unter 17 Industrieländern aber nach wie vor an der Spitze. Denn auch andere Industrieländer senken die Unternehmensteuern – zum Teil sogar sehr viel mutiger als die Regierungskoalition. Insbesondere die USA und Großbritannien haben mit ihren massiven Steuersenkungen einen internationalen Wettlauf bei der Herabsetzung der Unternehmensteuern eingeläutet, dem sich heute kein Land mehr entziehen kann. Der Steuerreformzug hat sich weltweit auf dem Doppelgleis „Senkung des Steuertarifs und Erweiterung der Bemessungsgrundlage“ in Bewegung gesetzt.

Die Bundesregierung hat deshalb ebenfalls eine Reform der Unternehmensbesteuerung angekündigt, die mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes Anfang 1993 in Kraft treten soll. Dabei kommt es darauf an, einen Signaleffekt zu erreichen, der jedes Unternehmen davon überzeugt, daß der Abbau steuerlicher Nachteile mit Ernst und Nachdruck betrieben wird. Deshalb sollten nicht kleine Retuschen bei den Substanzsteuern im Vordergrund stehen, sondern ein wirklicher Einschnitt in die Gewinnbesteuerung, die das eigentliche steuerliche Aushängeschild eines jeden Staates darstellt. Dabei darf der Spitzensteuersatz kein Tabu bleiben. Die Standortdiskussion hat die steuerpolitischen Überlegungen in eine erfreuliche Richtung vorangetrieben. Auch die SPD steht mittlerweile einer weite-

ren Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze nicht mehr völlig ablehnend gegenüber, weil sie erkannt hat, daß Höhe und Struktur von Unternehmenssteuern mit darüber entscheiden, wo investiert wird und wo Arbeitsplätze geschaffen werden<sup>15</sup>.

### Kommunikationsstrukturen modernisieren

Die lebhafte Diskussion über die Poststrukturreform ist ein Musterbeispiel dafür, daß es in der Standortdebatte nicht nur darum geht, gegenwärtige oder gar zurückliegende Versäumnisse aufzuspüren. Ebenso wichtig ist es, sich beizeiten auf absehbare zukünftige Entwicklungen einzustellen. Wer sich dieser Voraussicht verweigert und statt dessen in der Kommunikation auf den alten Strukturen des „Postkutschenzeitalters“ beharrt, verpaßt im wahrsten Sinne des Wortes den „Anschluß an die Zukunft“ und treibt die Unternehmen in Länder, die eine leistungsfähigere Kommunikationsstruktur anbieten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist es in der Telekommunikation bereits fünf Minuten vor zwölf. So meldete die „Wirtschaftswoche“ schon im Frühjahr 1987, daß einige internationale Unternehmen ihre Kommunikationszentralen von Deutschland ins Ausland verlegt haben<sup>16</sup>. Dies waren zwar Einzelfälle, die quantitativ nicht ins Gewicht fallen, der Signaleffekt solcher Verlagerungen sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Wenn sich erst einmal „Teleports“ – ähnlich wie die großen Börsen- und Finanzplätze – als Kommunikationsknotenpunkte in London, New York oder Tokio voll entwickelt haben, wird es für die Bundesrepublik immer schwerer, hier den Anschluß zu halten. Ob die geplante Poststrukturreform weit genug geht, um effiziente Kommunikationsstrukturen in der Bundesrepublik hervorzu bringen, bleibt abzuwarten. Einige Skepsis ist angebracht, auch wenn man dem vernichtenden Urteil des „Kronberger Kreises“ nicht beipflichten mag, der befürchtet, daß die „Pläne der Bundesregierung, ihren guten Absichten zum Trotz, kaum geeignet (sind), das erklärte Ziel zu erreichen, nämlich die Bundesrepublik im Telekommunikationsbereich weltweit wettbewerbsfähig zu machen“<sup>17</sup>.

### Günstige Altersstruktur

Die Standortdiskussion wird überwiegend mit Kostenargumenten bestritten. Andere – nicht unmittelbar meßbare – Faktoren wie die Ausbildungsqualität, die demographische Entwicklung, die Einstellung zur Arbeit oder

<sup>16</sup> O. V.: Kuriose Koalitionen, in: Wirtschaftswoche Nr. 20 vom 8. 5. 1987, S. 80.

<sup>17</sup> Frankfurter Institut: Argumente zur Wirtschaftspolitik, Nr. 21, Oktober 1988, S. 3.

das Verhalten der Gewerkschaften werden zwar regelmäßig als Merkposten erwähnt, aber nur selten näher bewertet. Dabei verbergen sich gerade hier wichtige Standorttrümpfe, die unbedingt zu einem einigermaßen vollständigen Bild des Standorts Bundesrepublik Deutschland gehören. Als vielleicht wichtigster Pluspunkt kann der gegenwärtig noch außerordentlich günstige Altersaufbau der Erwerbsbevölkerung in der Bundesrepublik gelten.

Der Anteil der Kinder und Alten, also derjenigen, die von den Erwerbstätigen „alimentiert“ werden, ist noch verhältnismäßig gering, und bei den Erwerbstätigen selbst erreicht die Gruppe der 15-40jährigen gegenwärtig mit rund 16,5 Mill. ihre maximale Besetzungszahl<sup>18</sup>. Wir haben also zur Zeit eine relativ „junge“ Erwerbsbevölkerung, die zudem noch vergleichsweise geringe Soziallasten für jung und alt zu tragen hat. Beides wird sich nach der Jahrhundertwende dramatisch ändern, aber im Moment resultieren daraus noch ganz beträchtliche Standortvorteile. Das gibt uns zumindest eine Atempause, bis uns die Strukturprobleme einer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft voll und ganz beanspruchen werden.

Bereits 1970 betrug der Anteil der Erwerbstätigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung in der Bundesrepublik bei den Männern 71,8 % und bei den Frauen 48,1 %. Durch die gut ausgebildeten Nachwuchskräfte der geburtenstarken Jahrgänge hat sich dieser Anteil bis 1984 auf 85,9 % bzw. 70,4 % erhöht<sup>19</sup>. Nie zuvor waren so viele Arbeitskräfte in der Bundesrepublik so gut ausgebildet.

### Vor einer neuen Gründungswelle?

Norbert Walter erhofft sich von den Jüngeren in den nächsten Jahren eine Gründerwelle, die neuen Schwung in die Wirtschaft bringen wird<sup>20</sup>. Nach einer Umfrage der „Wirtschaftswoche“ haben 25 % der unter 30jährigen schon einmal daran gedacht, sich selbständig zu machen<sup>21</sup>. Daß diesen Worten auch Taten folgen, zeigt das niedrige Durchschnittsalter von knapp 33 Jahren bei den staatlich geförderten Existenzgründungen<sup>22</sup>. Die jungen Erwerbstätigen sind also nicht nur besser qualifiziert als ihre älteren Kollegen; sie werden zunehmend auch als selbständige Unternehmer aktiv

und erschließen damit sich und der Volkswirtschaft neue Märkte und Beschäftigungschancen. So hat sich die Zahl der Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater seit 1970 fast verdoppelt<sup>23</sup>. Diese „jungen Herausforderer“ (N. Walter) müssen oft ungewöhnliche Wege gehen, um sich im Wettbewerb mit den Etablierten einen eigenen Kundenstamm aufbauen zu können. Daran werden sie nicht selten durch verkrustetes, antiquiertes Ständesrecht gehindert, sei es durch Werbeverbote, Gebührenordnungen oder Niederlassungsbeschränkungen. Das Ständesrecht schützt seit altersher bevorzugt diejenigen, die bereits fest im Sattel sitzen. Dagegen müssen die Newcomer notgedrungen aufbegehren, wenn sie in großer Zahl nach oben wollen. Und das wollen sie.

Nicht nur die freien Berufe werden in Zukunft erheblichen Anpassungsdruck aus den eigenen Reihen zu spüren bekommen. Auch andere Berufszweige, die sich hinter hohen Schutzzäunen bequem eingerichtet haben, müssen sich auf einen verstärkten Außenseiterwettbewerb von innen einstellen. Solche Verjüngungstendenzen „drohen“ etwa dem Handwerk. Allein in den letzten drei Jahren erwarben fast 100 000 junge Gesellen den begehrten Meisterbrief<sup>24</sup>. Viele davon werden in die Selbständigkeit streben. Aber damit sie sich erfolgreich behaupten können, müssen alte Reviergrenzen gesprengt werden. Dies bedeutet nicht die Abschaffung des „großen“ Befähigungsnachweises im Handwerk. Aber die Meisterprüfung wird in Zukunft wieder stärker ihrer eigentlichen Bestimmung dienen, nämlich eine bestimmte Qualifikation nachzuweisen. Zur Zeit ist die Versuchung groß, sie auch zur Abgrenzung verschiedener Handwerke voneinander und gegenüber nichthandwerklichen Gewerben, also zur „Ordnung“ des Wettbewerbs, zu mißbrauchen.

Der frische Wind der nachdrängenden Konkurrenz wird noch so manche Abschottungspraktiken hinwegfegen. Darin liegt die große Chance der gegenwärtigen Verjüngung des Erwerbsspersonentials. Dies ist zugleich eine Chance für den Standort Bundesrepublik Deutschland. Nimmt man beides zusammen – den Druck der „jungen Herausforderer“ und den verschärferten „Wettbewerb der Systeme“ im EG-Binnenmarkt –, so bestehen gute Aussichten, daß die Anpassungen in Gang kommen, die notwendig sind, damit es sich auch in Zukunft noch lohnt, in der Bundesrepublik Deutschland zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

<sup>18</sup> Vgl. Martin B a n g e m a n n: Arbeitsmarkt der Zukunft. Herford 1987, S. 27.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 150.

<sup>20</sup> Vgl. Norbert W a l t e r: Demographie und Wirtschaftsdynamik – Vor einer Gründerwelle in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsche Bank Bulletin, September 1988, S. 1-11.

<sup>21</sup> Vgl. Wirtschaftswoche Nr. 9 vom 26. 2. 1988, S. 37.

<sup>22</sup> Berechnungen des Bundesministeriums für Wirtschaft.

<sup>23</sup> Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten.

<sup>24</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Bericht über die Lage des Handwerks 1987, S. 27.